

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riesa,
Grossstr. 20,
Postfach 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grossschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Kantonsamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Riesa 1927,
Grossstr.
Riesa Nr. 22.

Nr. 200.

Sonnabend, 27. August 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Stützens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Bezugspreis für die Nummer des Ausgabejahres sind die 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Grundchriftgröße (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restameille 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, freie Tarife. Gemühter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Riese eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abdruckung, Druck- und Verlagskosten sind im Preis inbegriffen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Verleger keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Bestände oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Döcker & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: GutsMuths-Str. 59. Verantwortlich für Redaktion: L. S. H. Teichgraber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Götlich, Riesa.

Vöbe und Jouvanel.

qu. Noch niemals ist in Europa so viel vom Frieden und Freundschaft geredet worden wie jetzt. Eine internationale Konferenz folgt immer der anderen, und die Kongresse folgen zeitlich so nahe beieinander und räumlich so weit entfernt, daß mancher prominente Zeitgenosse gar keine Möglichkeit hat, all seinen Verpflichtungen nachzukommen. Jeder muß nun jedoch konstatieren, daß das Ergebnis im unperfekten Verhältnis zu der aufgewandten Mühe steht und daß all die Zusammenkünfte nicht zu einer Verständigung führen, sondern nur im Gegenteil im Sinne des Wortes „auseinanderreden“. Wenn sie, so gilt dieses Wort von der interparlamentarischen Union, die jetzt in Paris tagt und bisher einen berätlichen Verlauf genommen hat, doch man wirklich konstatieren muß: Die hat uns gerade noch geteilt.

Drei Redner sind dort zu Wort gekommen, und man muß sagen, daß bei einer Vorklärung derjenigen Rede, die auf diesen Kongress am wenigsten hingehört hat, nämlich Verlegenheit entstehen würde, ob man nun Poincaré oder de Jouvanel oder auch dem deutschen Reichstagspräsidenten Vöbe die Palme reichen sollte. Gemäß Poincaré hat im Vergleich zu seinen Sonntagreden ganz wachvoll gelprochen, steht man jedoch genauer hin, so drängt sich einem unwillkürlich die Vermutung auf, daß der französische Ministerpräsident sich einfach über die ganze Veranstaltung lustig gemacht hat. Anders ist es doch kaum zu erklären, daß ausgerechnet Herr Poincaré von einer „Familie der Menschheit“ spricht — es sei denn, er meint damit, daß in Familien der weisse Stand zu herrschen pflegt. — Ebenso wird es sein Geheimnis bleiben, wieso „der Weltkrieg die Annäherung der Völker gefördert hat“. Wie er die Annäherung gefördert hat, konnte man gleich hinterher hören, als de Jouvanel, Chefredakteur des „Matin“ und bis vor kurzem französischer Vertreter in Genf, erklärte, Frankreich habe an einer Aufzählung der Kriegsschuldfrage kein Interesse. Das glauben wir! Wenn Herr Jouvanel diese Worte aber damit begründet, daß erst eine weitere Generation wirklich objektiv urteilen könne, so muß er sich die Gegenantwort gefallen lassen, daß Frankreich dieses Urteil vorweggenommen hat, als es uns in Versailles die Unterchrift unter einen Vertrag abpreiste, in dem stand, daß wir Deutsche die Allein Schuld am Kriege trügen.

Es ist wohl sicher, daß die deutsche Reichsregierung noch in irgend einer Form zu den Ausführungen Jouvanel Stellung nehmen wird. Ein viel größeres Interesse aber wird sie den Darlegungen entgegenbringen müssen, die der Reichstagspräsident Vöbe in Paris gemacht hat, und in denen er erklärte, es biete der Verständigung, wenn Deutschland durch Tatsachen beweisen würde, daß es keine geheimen Rüstungen betreibt und daß es die Entwaffnung ehrlich und loyal durchgeföhrt hat.

Die Folgen, die eine derartige Äußerung des deutschen Reichstagspräsidenten haben müßte, sind derart unabsehbar, daß wir vorläufig noch nicht glauben können, daß sie in diesem Wortlaut wirklich gemacht worden sind. Auf alle Fälle wird Herr Vöbe sich umgebend zu äußern haben, ob es wahr ist, daß er in die Karte gehauen hat, die seinerzeit vom Führer angezeichnet worden ist. Vöbe gehört bekanntlich zum linken Flügel der Sozialdemokratie und hat aus seiner ableitlich rationalen Auffassung nie ein Gefühl gemacht. Das hat aber bisher nicht gehindert, daß ihm wegen seines lauten Charakters und seines sympathischen Wesens von weiten Kreisen, die weitestgehend nichts mit ihm gemein haben, unbedingte Achtung entgegengebracht und seine unparteiliche Amtsführung als Präsident des deutschen Reichstages allgemein geschätzt wurde. Das er jetzt in Paris diese Äußerung getan, die geradezu ein Stillsitzen für die französische Chauvinisten-Pressse bedeutet, so wird man sein Urteil über ihn allerdings erheblich revidieren und auch sonst sämtliche Konsequenzen ziehen müssen, die ein derartiges Verhalten erfordert müßte.

Befugungsverminderung nach Genf.

an. Berlin. Es steht nunmehr fest, daß vor der Völkerbundtagung kein einseitiger Beschluß über die Befugungsverminderung gefaßt werden wird. Dies entspricht, wie wir hören, insbesondere dem Wunsch Chamberlains, der es für das Beste hält, daß die drei beteiligten Außenminister sich wieder persönlich über diese Angelegenheit aussprechen und Deutschland nicht einfach vor eine vollendete Tatsache gestellt wird. Soweit wir unterrichtet sind, hat sich der letzte englische Ministerrat auf diese Formel geeinigt, so daß in den nächsten Tagen keine weiteren Verhandlungen zwischen Paris und London stattfinden werden.

Die Spanien-Deutschen und Hindenburg.

X Berlin. Die sämtlichen deutschen Körperchaften und Vereine Spaniens veröffentlichen soden einen Aufruf zur Hindenburg-Spende, in dem es heißt: „Unvergleichlich von innerem Mut haben wir Auslandsdeutsche Hindenburgs Tat nicht tief empfunden als die Heimat selbst. Und dieses lebendige Beispiel Hindenburgs läßt uns Auslandsdeutsche die Schicksalsgemeinschaft mit unserem Vaterlande, mit dem uns das Unglück noch tiefer verbunden hat als die Zeiten des Glückes es vermochten, als Hohes und Zukunftsgroßes erleben.“

Die Stunde ist da, in der das wechselseitige Verbundensein aller Deutschen daheim und in der Fremde Ergebnis und Erlebnis werden muß. Laßt uns unserm Hindenburg auf dem Wege, den er selbst gewiesen, die Liebe beweisen, die wir für ihn und unser Volk haben. Bestimmen wir unsere

Vom Kongress der Interparlamentarischen Union.

Professor Schäffings Antwort an de Jouvanel.

(Paris, 26. August. Professor Schäffing ergriff heute in der Sitzung der Interparlamentarischen Union das Wort zu folgender Erklärung:

Die deutsche Gruppe steht sich genötigt, in dieser Debatte über die Weltpolitik in meiner Person noch einen Redner sprechen zu lassen, da gewisse Ausführungen, die hier getrieben von Herrn Senator de Jouvanel über die deutsche Politik gemacht worden sind, bei unserer Gruppe starkes Bestreben erweckt haben. Ich würde gerne zu wissen, daß diese Ausführungen dem großen Ziel der internationalen Verständigung nicht abträglich seien.

Insoweit war in diesen Ausführungen ein tatsächlicher Irrtum. Niemals hat der deutsche Reichstagspräsident den Vorwurf gegen Belgien erhoben, daß es sich seine Neutralität verweigert hätte. Ich selbst bin der Vorsteher dieses parlamentarischen Ausschusses und kann Ihnen versichern, daß zu der Frage der belgischen Neutralitätsverletzung der Ausschuss sich überhaupt noch nicht geäußert und alle Untersuchungen hierüber zurückgestellt hat. Es findet sich lediglich in dem Gutachten eines einzelnen Parlamentariers über das Verhalten des Reichstags während der Kriegszeit im Zusammenhang mit den Verhandlungen des Reichstages über die Weimarer-Vollversammlung eine bellänliche Bemerkung über die Verweigerung der belgischen Neutralität durch Belgien selbst. Herr Senator de Jouvanel, dessen Ausführungen meine heutige Rede veranlassen, hat ferner gegen den Gedanken einer Untersuchung der Schuld am Weltkrieg eingewandt, die Richter seien noch nicht geboren, die sich die Aufgabe dieses Problems zu stellen. Man könnte sich dieser Auffassung vollständig anschließen, wenn man nicht vor der historischen Tatsache stünde, daß eben doch in der Vergangenheit sich Richter gefunden haben, die dieses Urteil gegen uns ausgesprochen haben, und zwar waren diese Richter die andere Partei. Durch den Vorwurf der alleinigen Kriegsschuld, fällt sich, auch wenn das Regierungssystem gewechselt hat, das ganze deutsche Volk in seiner Ehre getroffen. Es muß deshalb das Recht für sich wahren, die Kriegsschuldfrage weiter objektiv zu klären. An der Festhaltung der Wahrheit haben alle Völker das gleiche Interesse.

Herr de Jouvanel hat ferner Stellung genommen zu verschiedenen Fragen, die die schwierigsten Probleme der internationalen Politik betreffen, Probleme, von denen wir annehmen konnten, daß sie durch Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen bereits eine befriedigende Lösung gefunden hätten. Es ist in meinen Augen höchst bedauerlich, daß zwei Jahre, nachdem die ganze Welt den Locarnovertrag als ein Werk der Befriedung begrüßt hat, die Bedeutung dieses Vertrages an dieser bedeutsamen Stelle in Frage gestellt worden ist. Als Deutschland den Vorschlag zum Abschluß dieses Vertrages im Februar 1925 machte, sollte es dem Bestreben, den aus den Ländern unserer ehemaligen Gegner immer wieder laut werdenden Wünschen nach größerer Gewährleistung der Sicherheit zu entsprechen. In langen, mühevollen Verhandlungen gelang es, ein Vertragswerk anzubringen, das die Zustimmung aller Beteiligten hat, und das von den Parlamenten der beteiligten Länder, auch von der französischen Kammer und dem französischen Senat, mit gewaltigen Majoritäten und mit großem Enthusiasmus angenommen wurde. Wir wollen besonders darauf hin, daß das Werk von Locarno eine Einheit ist, die in gemeinsamen Verhandlungen mit den führenden Ministern der westlichen und östlichen Nachbarländer zustande gekommen ist. Eine so unparteiliche Instanz wie das Komitee in Oslo hat die Urheberschaft dieses Vertragswerkes für würdig befunden, mit dem Friedensnobelpreis auszuzeichnen zu werden. Es ist in unser aller Augen unbegreiflich, daß gegen ein solches Schicksal dieses Vertragswerkes als unzureichend gekennzeichnet worden ist, hinter dem der Wille der vertragsschließenden Völker steht, und in dem die gesamte Welt die Sicherheit und den Frieden des Ozeans die beste Sicherung des Friedens erblickt, die unter den heutigen Verhältnissen geschaffen werden konnte.

Freue zur Heimat in dem Mitgefühl für jene, deren Not zu steuern der freien Hindenburgs größter Wunsch und letzter Wille ist. Frage jeder, ob reich oder arm, nach seinen Kräften dazu bei, daß die Hindenburg-Spende eine einmütige Kundgebung unseres deutschen Volkes und unseres deutschen Willens sei.“

Vor dem Beginn der Genfer Ratstagung.

X Berlin. Das Reichskabinett wird, wie berichtet wird, am Dienstag vormittag um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammenzutreten. An der Sitzung werden voraussichtlich nur wenige Mitglieder des Kabinetts teilnehmen, da sich die meisten noch im Urlaub befinden. Bei dieser Gelegenheit werden u. a. die Ratstagung und die Vollversammlung des Völkerbundes noch einmal behandelt. Da die eigentliche Aussprache im Hinblick auf Genf im Kabinett schon vor den Sommerferien stattgefunden hat, so wird man von der Sitzung am Dienstag keine neuen Beschlüsse mehr erwarten können.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann tritt am Dienstag abend seine Reise nach Genf an. Die Mitglieder der

Der Redner hat zwei Grundzüge gegen den Wert des Locarnovertrages geltend gemacht. Einmal die Zusage, die Deutschland gegeben worden ist für den Fall, daß auf Grund des Artikels 16 des Völkerbundesvertrages der Völkerbund eine internationale Exekution verhängen sollte, zum anderen den Abschluß des Berliner Vertrages zwischen Deutschland und Rußland. Was die erste Voraussetzung anlangt, so handelt es sich um nichts weiter, als um eine Anerkennung der besonderen Situation, in der sich das deutsche Volk durch seine Abstränkung befindet. Selbst eine so radikale politische Urkunde wie das Genfer Protokoll würde dem Staat ganz allgemein die Infamie geben, daß die Völker zur Mitwirkung bei einer Bundesregierung von der besten militärischen und geographischen Situation jedes einzelnen Staates abhängig sei.

Diese Forderung des Artikels 11 des Genfer Protokolls ist einfach beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in das betreffende Schreiben des Völkerbundes gegenüber Deutschland aufgenommen worden. Wie kann man es dem deutschen Volke verübeln, daß es befreit war, ohne die großen Komplimente der Gegenwart, im Zustand der einseitigen Entwaffnung, das Land von seinem Lande fern zu halten, das die Bewirkung der kriegerischen Aktion für uns mit sich bringen müßte.

Was den Berliner Vertrag anbelangt, so ist dieser der Ausdruck des Bestrebens gewesen, gewisse Bestimmungen zu schreiben, die der Abschluß des Vertragswerkes von Locarno und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hervorgebracht hätten. Bestimmtheiten in dem Sinne, daß Deutschland durch seine Verbindungen mit den Westmächten und den Eintritt in den Völkerbund sich auf eine planmäßige antirussische Politik festgelegt habe. Diefem Ziel entsprechend enthält auch der Berliner Vertrag sowohl in seinen vier Paragraphen wie in dem darauf folgenden Notenwechsel nichts, was den durch Deutschland in Locarno und Genf übernommenen Verpflichtungen widerspricht. Die Außenminister der Länder des Locarnovertrages haben auch nach Veröffentlichung dieses Vertrages der ganzen Welt gegenüber erklärt, daß sie die Locarnopolitik fortsetzen wollen, und der Berliner Vertrag ist nicht beanstanden worden. Meine Herren, ist nicht diese Tatsache bezeichnender, als wenn ich es hier veruchen wollte, als Redakteur den Wortlaut des Vertrages und des Notenwechsels in seinen Einzelheiten auszuwerten? Sieht nicht die Tatsache fest, daß auch andere Völkerbundstaaten diesen Vertrag als Vorbild benutzt haben, um ihre Beziehungen zu den Nachbarstaaten ähnlich zu regeln?

Ich muß daher nochmals mein Bedauern ausdrücken, daß die Worte jenes Redners so wirken müßten, als ob der deutsche Politik ein Doppelspiel vorzuspielen sei.

Besonders bedauerlich aber hat uns die Tatsache, daß Herr de Jouvanel die Verhandlungen gegen unsere Politik zum Anlaß genommen hat, um die Fortdauer der Beziehung am Rhein nicht nur zu begründen, sondern sogar die Rheinabseicherung als einzig wirksame Friedensgarantie nach dem Osten hinzustellen. Wir sind der Ansicht, daß sowohl die Bestimmungen des Versailler Vertrages als das Recht geben, die Räumung des Rheinlandes zu fordern, als auch, daß die veränderten Umstände, die durch Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund geschaffen sind, für die Gegenseite die Verpflichtung begründen, Deutschland von den Leiden der fremden Militärbesetzung zu befreien.

Meine Damen und Herren! Wir richten an die Regierungen aller Länder die Frage, ist es vereinbar mit den fundamentalen Grundzügen unserer Union, die Sicherung des Friedens abhängig zu machen von der Einwirkung der Räumung und Besetzung? Ist es nicht der Einnahme unserer ganzen Arbeit, das Recht auch im Leben der Völker an die Stelle der Gewalt zu setzen, und den Frieden zu gründen nicht auf die Macht der Waffen, die ihn niemals gesichert haben und die ihn niemals sichern können, sondern auf gemeinsamen Verbindungen der Völker?

Die deutsche Delegation bekennt sich aus vollem Herzen zu diesem Grundgedanken und erhofft von der Bewirkung dieses Grundgedankes die endgültige Verwirklichung des deutschen und des französischen Volkes, in der wir den Schlüssel erblicken zur dauernden Befriedung Europas.

deutschen Delegation folgen erst später, wenn die Vollsitzungen beginnen. Staatssekretär Weismann begleitet die Delegation als Vertreter des Reichsrates.

Schwere Unwetter in Stallen.

X Rom. Gestern vormittag tobte ein außerordentlich heftiger Sturm über Triest. Eine große Anzahl von Schiffen wurde von den Anker losgerissen. In der Stadt wurden viele Häuser zertrümmert. Etwa 100 Personen erlitten Verletzungen. In Udine ging ein heftiges Gewitter nieder. Drei Häuser wurden durch Blitzschlag eingestürzt. Ein Mann wurde getötet und ein anderer lebensgefährlich verwundet. Nach monatelanger Trockenheit ist gestern über Florenz ein wolkenbruchartiger Regen niedergegangen, der die Ernte gerettet hat. Ohne diesen Regen wäre alles verborrt. In Rom hat es schon seit 3 Monaten keinen Tropfen Regen gegeben.

in Friedrichs-
Reich wenig-
achtung des
wegen Kul-
möchte, das
Kriegung die
gehen.
er, der sich
neuezeit-
am Mittwoch
Vorführung
selbst waren
Herren des
Stammes, die
Beispiel, der
der in seinen
in Deutsch-
Warnungs-
sticht, jedoch
leben. Zur
Schritten
der Opfer
ung bei dem
Büch-
Schwimmer
aber durch
ellen, deren
den meisten
worten und
Deutschland
er als be-
erant die
Die Deut-
st ein und
die anschä-
schauliches
kraft. Die
Überdauern
wird als
vorhanden
Bedräng